

27.09.94

K - AS - Wi

Vorlage

an den Bundesrat

**Vorschlag für die Berufung von Mitgliedern der Unterausschüsse des
Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung**

Bundesministerium
für Bildung und Wissenschaft

Bonn, den 23. September 1994

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Bürgermeister
Klaus Wedemeier

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

der Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung beabsichtigt, in seiner Sitzung im November 1994 für die Dauer der Amtsperiode bis zum 31. 8 1997 nach § 8 Abs. 8 des Berufsbildungsförderungsgesetzes (BerBiFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. 1. 1994 (BGBl. I S. 78) geändert durch das Berlin/Bonn-Gesetz vom 26. 4. 1994 (BGBl. I S. 918) folgende Unterausschüsse einzusetzen:

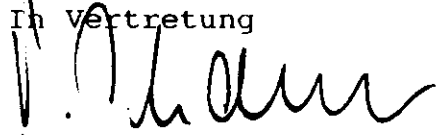
- Unterausschuß 1 - Berufsbildungsforschung -
- Unterausschuß 2 - Strukturfragen der beruflichen Bildung -
- Unterausschuß 3 - Berufsausbildung -
- Unterausschuß 4 - Berufliche Weiterbildung -
- Unterausschuß 5 - Innere Angelegenheiten -

Den Unterausschüssen sollen Beauftragte der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Länder und des Bundes angehören, und zwar jeweils von jeder Gruppe höchstens sechs, von denen zumindest ein Beauftragter jeder Gruppe zugleich Mitglied des Hauptausschusses sein muß. Während der Hauptausschuß seine Mitglieder selbst in die Unterausschüsse delegiert, obliegt mir nach § 8 Abs. 8 letzter Satz in Verbindung mit Abs. 4 BerBiFG die Berufung der übrigen Mitglieder, u. a. von bis zu fünf Beauftragten der Länder je Unterausschuß auf Vorschlag des Bundesrates.

Ich bitte, mir für die Berufungen einen Vorschlag zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung



Dr. Fritz Schaumann

16.12.94**Beschluß**
des Bundesrates

Vorschlag für die Berufung von Mitgliedern der Unterausschüsse des
Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung

Der Bundesrat hat in seiner 678. Sitzung am 16. Dezember 1994 beschlossen, zur
Berufung als Mitglieder der Unterausschüsse des Hauptausschusses des Bundes-
instituts für Berufsbildung gemäß § 8 Abs. 8 des Berufsbildungsförderungsgesetzes
in Verbindung mit § 8 der Institutssatzung die in der Anlage aufgeführten Beauf-
tragten der Länder vorzuschlagen.

Anlage
zum Schreiben des Präsi-
denten des Bundesrates vom
16. Dezember 1994

Vorschläge
des Bundesrates
für die Berufung von Mitgliedern der Unterausschüsse
des Hauptausschusses
des Bundesinstituts für Berufsbildung

1. Unterausschuß 1: Berufsbildungsforschung

Berlin:

Diplom-Volkswirt
Uwe Schulz-Hofen,
Senatsverwaltung für Schule,
Berufsbildung und Sport,
Berlin

Nordrhein-Westfalen:

Regierungsangestellter
Klaus Müller,
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
Soziales,
Düsseldorf

2. Unterausschuß 2: Strukturfragen der beruflichen Bildung

Baden-Württemberg:

Ministerialdirigent
Bert Degenhart,
Ministerium für Kultus und Sport,
Stuttgart

Bayern:

Ministerialrat
Prof. Dr. Dr. Hans Hablitzel,
Bayerisches Staatsministerium
für Wirtschaft und Verkehr,
München

Hamburg:

Leitender Regierungsdirektor
Günther Blom,
Behörde für Schule, Jugend und
Berufsbildung,
Hamburg

Nordrhein-Westfalen:

Ministerialrat
Klaus Borowka,
Kultusministerium,
Düsseldorf

Sachsen:

Referatsleiter
Dr. Hans-Peter Kuklinski,
Sächsisches Staatsministerium für Kultus,
Dresden

3. Unterausschuß 3:

Berufsausbildung

Hessen:

Regierungsrätin
Dr. Claudia Krah,
Hessisches Ministerium für Wirtschaft,
Verkehr,
Technologie und Europangelegenheiten,
Wiesbaden

Niedersachsen:

Regierungsdirektorin
Annette Wiemann,
Kultusministerium,
Hannover

Rheinland-Pfalz:

Ministerialrat
Egbert Kinscherf,
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau,
Mainz

4. Unterausschuß 4: Berufliche Weiterbildung

Bremen:

Abteilungsleiter
Arend Stühl,
Senator für Arbeit und Frauen,
Bremen

Rheinland-Pfalz:

Ministerialrat
Egbert Kinscherf,
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau,
Mainz

5. Unterausschuß 5: Innere Angelegenheiten

Bayern:

Dr. Johann Lermer,
Bayerisches Staatsministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
München

Brandenburg:

Prof. Dr. Gisela Eckstein,
Ministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Frauen,
Potsdam

Saarland:

Regierungsangestellter
Werner Schmid,
Ministerium für Wirtschaft und Finanzen
Saarbrücken

Schleswig-Holstein:

Ministerialrat
Wolfgang Heere,
Ministerium für Frauen, Bildung,
Weiterbildung und Sport,
Kiel